

Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD)

Problembeschreibung

Die Verpflichtung zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) und insbesondere die Berichtstandards (ESRS) ermöglichen keine vergleichbare Berichterstattung zwischen unterschiedlichen Unternehmen. Stattdessen verursachen sie erhebliche administrative Aufwände und hohe Kosten.

Formulierungsvorschlag

Die Berichtspflichten der CSRD sollten für die zweite und dritte Welle um mindestens zwei Jahre verschoben werden, um in diesem Zeitraum die ESRS zu überarbeiten und signifikant zu vereinfachen.

Begründung

Übermäßige Berichtspflichten führen zu einem hohen bürokratischen Aufwand und zusätzlichen Kosten. Da sie nicht das Ziel erreichen, eine vergleichbare Berichterstattung zu gewährleisten, beeinträchtigen sie die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Flexibilisierung der Ruhezeitenregelung

Problembeschreibung

Die aktuelle Regelung der Ruhezeiten führt im internationalen Arbeitskontext, insbesondere durch Videokonferenzen in unterschiedlichen Zeitzonen, zu Problemen, bei denen die Einhaltung der Ruhezeiten oft schwierig ist.

Formulierungsvorschlag

Eine Flexibilisierung der Ruhezeitenregelung u.a. in Form einer Unterschreitungsmöglichkeit pro Woche oder eine Ausgleichsmöglichkeit durch längere Pausen soll hierbei den notwendigen Raum schaffen. Damit soll auch zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf beigetragen werden.

Begründung

Die derzeitige Ruhezeitenregelung im Arbeitszeitgesetz (ArbZG) entspricht nicht mehr den Anforderungen einer digitalisierten Arbeitswelt.

EU-Entgelttransparenzrichtlinie

Problembeschreibung

Die Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie bringt umfangreiche Informations- und Dokumentationspflichten mit sich, die erheblich über die bisherigen gesetzlichen Regelungen hinausgehen.

Formulierungsvorschlag

Es soll eine möglichst praxistaugliche Umsetzung entwickelt werden, um die Programmierungs- und Monitoringaufwände in den Unternehmen gering zu halten. Dazu soll die EU-Entgelttransparenzrichtlinie ohne darüber hinausgehende Regelungen in nationales Recht überführt werden.

Begründung

Die Unternehmen sind gefordert, neue Prozesse zu etablieren, um die erweiterten Auskunfts- und Informationsrechte zu erfüllen, insbesondere in der Dokumentation. Die Verpflichtungen zur Auskunft gegenüber Bewerbern sowie das regelmäßige Reporting über Entgeltgefälle führen zudem zu einem signifikanten Anstieg bürokratischer Aufwände.

Schaffung einer Möglichkeit zur elektronischen Übermittlung von Stromsteueranmeldungen

Problembeschreibung

Aktuell ist es nicht möglich, die jährlichen oder monatlichen Stromsteueranmeldungen elektronisch an die Hauptzollämter zu übermitteln. Stromsteueranmeldungen müssen im Formularcenter des BMF online ausgefüllt, dann heruntergeladen und zusammen mit weiteren Belegen per Post, Fax oder E-Mail an das jeweilige Hauptzollamt versendet werden. Dasselbe gilt für die Einreichung von Entlastungsanträgen und die damit einhergehenden Selbsterklärungen zu staatlichen Beihilfen.

Formulierungsvorschlag

Zur Optimierung und Effizienzsteigerung der Prozesse im Bereich der Stromsteuer sollte eine Schnittstelle zur elektronischen Übermittlung der bereits online verfügbaren Formulare eingerichtet werden. Zudem sollte die Möglichkeit geschaffen werden, Anlagen zu den Formularen, ähnlich wie bei den Finanzämtern, über eine E-Nachricht einzureichen.

Begründung

Die Hauptzollämter zeigen im Vergleich zu den Finanzämtern erhebliche Rückstände in der Digitalisierung ihrer Prozesse. Es besteht ein erhebliches Potenzial durch Digitalisierung der Stromsteueranmeldung Aufwände und Kosten zu sparen.

Einführung einer digitalen Akte für den Steuerpflichtigen

Problembeschreibung

Die Praxis zeigt, dass innerhalb der Hauptzollämter Informationen nicht ausreichend geteilt und zur Verfügung gestellt werden. Das führt beispielsweise dazu, dass teilweise bereits erteilte Empfangsvollmachten nicht beachtet werden.

Formulierungsvorschlag

Durch die Einführung einer digitalen Akte für Steuerpflichtige soll die Informationsverfügbarkeit gestärkt werden. Die teilweise sehr langen Bearbeitungszeiten können somit verkürzt werden.

Begründung

Durch die fehlende Digitalisierung von Akten und Prozessen entstehen in der Praxis unnötige Mehraufwände auf Seiten der Behörde und der Unternehmen.

Rechtsanspruch auf ein zentral zuständiges Hauptzollamt bei Unternehmensgruppen

Problembeschreibung

Die Zuständigkeit des Hauptzollamt entscheidet sich derzeit anhand des Bezirks aus dem ein Stromsteuerschuldner sein Unternehmen betreibt. Im Fall von Unternehmensgruppen führt dies dazu, dass viele verschiedenen Hauptzollämter zuständig sind, was in erheblichen Mehraufwänden für Unternehmen und Behörden resultiert.

Formulierungsvorschlag

Ein Rechtsanspruch auf ein zentral zuständiges Hauptzollamt bei Unternehmensgruppen soll den aktuellen Zuständigkeitsdschungel vermeiden und Ressourcen sowohl auf Seiten der Behörden als auch der Unternehmen einsparen.

Begründung

Vor dem Hintergrund, dass verschiedene Hauptzollämter denselben stromsteuerlich zu beurteilenden Sachverhalt eines Unternehmens unterschiedlich beurteilen, kommt es durch diese Zuständigkeitsregelung zu einem enormen Ressourcenmehraufwand.

Doppelerhebungen für statistische Zwecke

Problembeschreibung Oftmals ergeben sich Doppelerhebungen, da Behörden und Datenquellen nicht ausreichend genug untereinander vernetzt sind. Dadurch ergeben sich vermeidbare bürokratische Lasten.
Formulierungsvorschlag Für die öffentliche Statistik sollen primär bereits erhobene Daten genutzt werden. Für den Einzelhandel soll beispielsweise geprüft werden, ob Daten aus der amtlichen Preisstatistik auch für Zwecke der Umsatzstatistik verwendet werden können. Darüber hinaus sollen im Zuge der Digitalisierung der steuerlichen Verfahren überbordende Dokumentationspflichten zulasten der Unternehmen abgeschafft und die Aufbewahrungspflichten verkürzt werden.
Begründung Wenn bestehende Datenquellen besser vernetzt und digitalisiert werden, können die bürokratischen Aufwände der Unternehmen signifikant reduziert werden.

Netzinfrastruktur

Problembeschreibung Seitdem die Deutsche Telekom nicht mehr zur Erbringung des Universaldienstes verpflichtet ist, entscheidet die Bundesnetzagentur auf regionaler und lokaler Ebene, welcher Anbieter einen Standort anbinden muss. Dadurch müssen Unternehmen für die IT-Netzanbindung und Glasfaserumstellung häufig mit einer Vielzahl unterschiedlicher Anbieter in Kontakt treten, was zu einer Erhöhung der Komplexität und des Verwaltungsaufwands führt.
Formulierungsvorschlag In Bezug auf die IT-Netzanbindung soll wieder möglich gemacht werden, durch einen deutschlandweiten Vertrag alle Unternehmensstandorte mit einem Anbieter abdecken zu können.
Begründung IT-Netzwerke zählen zur kritischen Infrastruktur unseres Landes. Daher sollte die Modernisierung von zentraler Stelle gesteuert werden, für mehr Effizienz und weniger bürokratischen Aufwand in der Digitalisierung.

Bonpflicht

Problembeschreibung Durch die Belegausgabepflicht muss jedem Kunden ein Kassensbon zur Verfügung gestellt werden, auch wenn dieser aktiv auf den Beleg verzichtet. Da die Alternative in Form einer QR-Code Anzeige nicht immer praktikabel ist, wird aktuell ein großer Teil der Kassensbons sofort nach dem Druck vernichtet.
Formulierungsvorschlag Die Belegausgabepflicht soll angepasst werden. Die Pflicht sollte dann nicht bestehen, wenn ein Kunde aktiv auf den Beleg verzichtet.
Begründung Die bisherige Regelung führt zu einem enormen Mehraufwand, während die Alternative durch QR-Code nicht ausreichend ist.